

Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 09. September 2005

Telefon: (0 89) 21 95 - 2895

Aktenzeichen: 103 48 565.1-32

Anmelder/Inhaber: Wagner Alarm- und

Sicherungssysteme GmbH

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

Patentanwälte
Meissner, Bolte & Partner
Postfach 86 06 24
81633 München

Ihr Zeichen: M/WAS-085-DE

MEISSNER, BOLTE & PARTNER		Za	Po	Sk
EING: 21. Sep. 2005		Bu	Sj	Sk
28.09.05		Tx	Bo	Sk
WV 21.12.05		cp	Kr	Sk
LT 21.01.06		Lh	Sk	Sk
		Su	Sk	HZ

Bitte Aktenzeichen und Anmelder/Inhaber bei
allen Eingaben und Zahlungen angeben!

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 20. Oktober 2003

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.
Zur Äußerung wird eine Frist von

vier Monat(en)

gewährt. Die Frist beginnt an dem Tag zu laufen, der auf den Tag des Zugangs des Bescheids folgt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z. B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je **zwei** Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt.
(Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren):

Anlage:

Abl. von 7 Entgegenhaltungen

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

**Dokumentenannahme
und Nachbriefkasten
nur
Zweibrückenstraße 12**

Hauptgebäude:
Zweibrückenstraße 12
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Markenabteilungen:
Cincinnatistraße 64
81534 München

Hausadresse (für Fracht):
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon: (089) 2195-0
Telefax: (089) 2195-2221
Internet: <http://www.dpma.de>

Zahlungsempfänger:
Bundeskasse Weiden
BBk München
Kto.Nr.: 700 010 54
BLZ: 700 000 00
BIC (SWIFT-Code): MARKDEF1700
IBAN: DE84 7000 0000 0070 0010 54

P 2401.1
4.05

S-Bahnanschluss im
Münchner Verkehrs- und
Tarifverbund (MVV):



Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude):
Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof):
S1 - S8 Haltestelle Isartor

Schwere-Reiter-Straße 37
Cincinnatistraße 64

1. DE 32 37 021 C2
2. DE 1 061 627 B
3. DE 31 39 582 C2
4. FR 2 670 010 A1
5. WO 00/68909 A1
6. WO 93/23736 A1
7. DE 101 25 687 A1

Sehr geehrter Herr Rupprecht,

im Stand der Technik habe ich die Entgegenhaltungen 2 und 3 ermittelt, die Entgegenhaltungen 1 und 4-7 waren bereits in der Anmeldung genannt.

Zum Stand der Technik und Anspruch 1

Anspruch 1 geht von Entgegenhaltung 1 aus. Zwar ist das Ausblasen der Luft in aspirativen Brandmeldesystemen bekannt: In E2 wird durch die gleiche Leitung ein Löschgas in die Überwachungsräume geleitet, in E3 werden durch das Luftausblasen Verunreinigungen und Fehlalarme während der Befüllung des Überwachungsraumes mit Schüttgut vermieden. Das erneute Ansaugen mit Auswertung der Laufzeit zur Feststellung des Brandortes ist aber bisher nicht beschrieben worden, und der Fachmann hatte dazu im Stand der Technik auch keine Anregung. Das Verfahren nach Anspruch 1 ist deshalb nicht nur neu, es beruht auch auf erfinderischer Tätigkeit. Anspruch 1 erscheint daher voraussichtlich gewährbar. Die Unteransprüche 2-9 könnten als Ausgestaltungen des Verfahrens ebenfalls bestehen bleiben. ✓

Zum Vorrichtungsanspruch 10

Entgegenhaltung 2 offenbart eine Branderkennungsvorrichtung zum Erkennen und Lokalisieren eines Brandes oder der Entstehung eines Brandes in mehreren Überwachungsräumen (A-D in Fig. 1), mit einem die Überwachungsräume verbindenden Ansaugrohrsystem (13), welches mit jedem einzelnen Überwachungsraum über jeweils zumindest eine Ansaugöffnung (22) kommuniziert, einer Ansaugvorrichtung (23), um über das Ansaugrohrsystem (13) und die Ansaugöffnungen (22) aus den einzelnen Überwachungsräumen (A-D) jeweils Luftproben zu entnehmen, und mit mindestens einem Detektor (24) zum Nachweisen von zumindest einer Brandkenngröße in den über das Ansaugrohrsystem (13) angesaugten Luftproben, wobei eine Ausblasvorrichtung (6, 7) die in dem Ansaugrohrsystem (13) angesaugten Luftproben ausbläst, wenn der mindestens eine Detektor (24) in den angesaugten Luftproben eine Brandkenngröße

nachweist, und wobei ein Anzeigeelement (25) den Brandort in einem der Überwachungsräume (A-D) identifiziert.

Die Vorrichtung nach Anspruch 10 ist also nicht neu. Dabei ist unerheblich, dass das Ausblasen in E2 zu einem anderen Zweck (Feuer löschen) erfolgt. Das alternative Merkmal der Signalübertragung an eine entfernte Stelle ist für Branderkennungsvorrichtungen nahe liegend. Deshalb ist Anspruch 10 auch bei Einschränkung auf die Signalübertragung mangels erfinderischer Tätigkeit nicht gewährbar.

Im Anspruch 10 müssten vielmehr die wesentlichen Vorrichtungsmerkmale aufgenommen werden, die die Erfindung ausmachen, wie die zeitlich koordinierte Steuerung, der Speicher für Laufzeiten und der Strömungsgeschwindigkeitssensor.

Zum Verwendungsanspruch 21

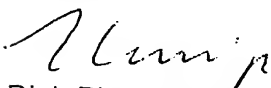
Der auf einen Vorrichtungsanspruch rückbezogene Verwendungsanspruch ist nur formell als Nebenanspruch anzusehen, bei der Prüfung auf Patentfähigkeit jedoch als echter Unteranspruch zu behandeln. Die Bildung eines patentfähigen Vorrichtungsanspruchs 10 vorausgesetzt, schlage ich daher vor, die Ansteuerung einer Feuerlöschanlage auch als Merkmal eines echten Unteranspruchs zu formulieren, da die Verwendung eines Brandmelders zur Ansteuerung einer Feuerlöschanlage für den Fachmann völlig selbstverständlich ist.

Zusammenfassung

Bei Zustimmung zum Vorschlag der Prüfungsstelle müssten die Unteransprüche und die Beschreibung an den neuen Anspruch 10 angepasst und der ermittelte Stand der Technik in die Beschreibungseinleitung aufgenommen und gewürdigt werden.

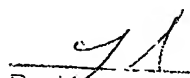
Nach Vorlage entsprechend überarbeiteter Unterlagen kann die Patenterteilung voraussichtlich beschlossen werden, was mit den vorliegenden Unterlagen noch nicht möglich ist. Falls Sie nicht beabsichtigen, sich in der Sache zu äußern, teilen Sie uns bitte formlos den Erhalt des Bescheides mit.

Mit freundlichen Grüßen,
Prüfungsstelle für Klasse G08B


Dipl.-Phys. S. Krup
Hausruf -4768



Ausgefertigt


Regierungsexpediente